Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

# Volksblatt

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parrac

Verlagsort Dortmund 1.

Nummer 333 | Freitag, den 30. November | Jahrgang 1928

## Aussperrung und Gemeindefinanzen.

Von

**Bürgermeister Dr. Geyer, Bochum.**

Der Wirtschaftskampf in der Metallindustrie sieht die Gemeinden im Gebiete der nordwestlichen Gruppe, also etwa zwischen Düsseldorf und Dortmund, nicht als Kämpfer auf seiten einer der beiden Parteien, sondern in der Rolle des Kriegsschauplatzes. Wie jedes Kampfgebiet haben die Gemeinden erhebliche Lasten und Kosten zu tragen, ohne auf die Auseinandersetzung selbst irgendwelchen Einfluß zu besitzen. Da diese Belastung für Stadt und Land von weittragender Bedeutung werden kann, ist es notwendig, sich über ihr Ausmaß rechtzeitig ein klares Bild zu machen. Seit dem 1. November liegen sämtliche Werke der Metallindustrie des Gebietes brach, wodurch annähernd eine Viertelmillion Ausgesperrte — mit Angehörigen nicht viel weniger als 1 Million Menschen — ohne Arbeitseinkommen sind. Die Städte Düsseldorf, Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund, sonst Brennpunkte ertragreicher Produktion, sehen ein Viertel bis ein Drittel ihrer Gesamtbevölkerung aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet. Ihre Finanzgebarung, die noch schwer unter Kriegsfolgen, Inflation und Ruhrkampf leidet, wird durch den gegenwärtigen wirtschaftlichen Großkampf einer neuen, gefahrdrohenden Belastungsprobe ausgesetzt. Eine von Woche zu Woche steigende Zahl von Unterstützungsbedürftigen überflutet mit ihren Anträgen die städtischen Wohlfahrtsämter. Zur sachgemäßen Erledigung der Anträge, die sich in wenigen Tagen auf 10 000 und mehr in den Großstädten steigerten, wurde eine Erweiterung des Verwaltungsapparates, die Einrichtung von Hilfsstellen und Hilfskassen bei den Wohlfahrtsämtern erforderlich. In den am stärksten betroffenen Gemeinden mußten plötzlich bis an 100 Beamte anderen Dienststellen entzogen und den Fürsorgeämtern überwiesen werden. Es ist klar, daß durch die Maßnahme der ordnungsmäßige Gang der übrigen Verwaltungsarbeit empfindlich gestört wird und auch mittelbar finanzielle Schädigungen hervorgerufen werden können.

Als Hauptschäden verursacht der Lohnkampf den betroffenen Stadt- und Landgemeinden ganz erhebliche Einnahmeausfälle und Ausgabesteigerungen. Allein an Gewerbelohnsummensteuer hat die Stadt Bochum bei einem monatlichen Soll von rund 300 000 Mk. einen Ausfall von 75 000 Mk. im Monat nur für die Werke der Metallindustrie, die mittelbaren Schäden aus den Feierschichten des Bergbaus und anderer Betriebe nicht gerechnet. Für Dortmund, Essen, Duisburg und Düsseldorf überschreitet der Ausfall an Lohnsummensteuer weit die Summe von je 100 000 Mk. monatlich. Selbstverständlich werden auch die Erträge der stillgelegten Werke und der gewerbesteuerpflichtigen Betriebe im allgemeinen im Jahre 1928 durch die Aussperrung einen empfindlichen Rückgang erfahren. Dieser Rückgang wird sich nicht nur in einem verminderten Aufkommen an der Ertragssteuer im Rechnungsjahr 1929 auswirken, sondern auch die Einziehung der Gemeinde- und Staatssteuern des Jahres 1927 nachteilig beeinflussen. Schon heute klagen die Einzelhandelsgeschäfte im Aussperrungsbezirk über den schwachen Verlauf des Weihnachtsgeschäftes. Die Vertretungen des Handels und Gewerbes haben infolgedessen eine Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notlage verlangt durch größtes Entgegenkommen der Steuerbehörde bei Anträgen auf Erlaß oder Stundung der Steuern. Der Reichsfinanzminister und eine Anzahl von Gemeindeverwaltungen sahen sich angesichts der unbestreitbaren Umsatzkrise zu einem entsprechenden Entgegenkommen in der Beitreibung der Steuern bereits gezwungen. Auch die gemeindliche Grundvermögenssteuer wird in Mitleidenschaft gezogen.

Je länger die Aussperrung dauert, um so größer wird der Ausfall an Hauszinssteuer sein, die auf die Wohnungen der Arbeitnehmer entfällt. In Bochum beziffert sich bei einer durchschnittlichen Friedensmiete von 20 Mk. je Arbeitnehmer dieser Ausfall auf rund 150 000 Mk. monatlich. Auch die Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer sowie die Umsatzsteuer werden durch die Wirtschaftskrise nachteilig beeinflußt. Die aus diesen Steuern den Gemeinden zufließenden erheblichen Ueberweisungsbeiträge werden sich gegenüber dem Aufkommen, mit dem die Gemeinden gerechnet hatten, wesentlich verringern. Das fällt um so schwerer ins Gewicht, als die Städte des Aussperrungsgebietes schon ohne die durch die Aussperrung verursachten Lasten mit ganz bedeutenden Mehrausgaben für die allgemeine Wohlfahrtspflege und Sozialrentenfürsorge im Haushalt 1928 rechnen müssen, die sich mancherorts auf 10 bis 20 v. H. der Jahresumlage belaufen. Zur Abdeckung dieser Mehrausgaben stehen den Städten nur die erhofften Mehreinnahmen an Ueberweisungssteuern und die am 1. Januar 1929 zum ersten Male fällig werdende Grunderwerbssteuer der sogenannten toten Hand zur Verfügung, wenn sie eine weitere Erhöhung der Realsteuern vermeiden wollen. Die Aussicht auf höhere Ueberweisungen aus den Reichssteuern verringern sich aber steigend mit der Fortdauer der Krise. Durch die Lohnstreitigkeiten in der Metallindustrie wird daher das Gleichgewicht der Gemeindehaushalte für das Rechnungsjahr 1928 stark gefährdet.

Zu diesen Steuerausfällen kommen für die Städte und Landkreise als weitere Lasten aus der Aussperrung die Unterstützungsgelder, die bis zum 19. November auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung nach diesem Tage nach der Sonderregelung als Folge des Reichstagsbeschlusses gezahlt werden müssen. Zwar hat das Reich nach der Neuregelung 85 Prozent der Barunterstützung übernommen, aber der den Gemeinden verbleibende Rest von 15 Prozent ist eine schwere Belastung, da diese Zahlungen an die Gesamtzahl der Ausgesperrten zu leisten sind. Die wöchentlichen Ausgaben an Barunterstützungen belaufen sich für die Städte schätzungsweise auf etwa:

| | Gesamtausgabe | 15 % Städteanteil |
|---|---|---|
| Dortmund | 450 000 Mk. | 67 500 Mk. |
| Bochum | 260 000 „ | 40 000 „ |
| Essen | 350 000 „ | 52 500 „ |
| Duisburg | 350 000 „ | 52 500 „ |
| Düsseldorf | 450 000 „ | 67 500 „ |

Dazu kommen in zahlreichen Stadt- und Landkreisen Geld- und Sachleistungen bei individueller Notlage auf Grund der Fürsorgepflichtordnung. Diese Leistungen steigern sich um so mehr, je länger die Arbeitsruhe dauert. Schon heute werden mancherorts in großer Zahl Kinderspeisungen durchgeführt, Milch geliefert, Mietbeihilfe geleistet; auch Krankenkassenbeiträge werden zur Erhaltung der Krankenfürsorge hier und da bezahlt, während anderwärts Arzt und Apotheker vom Wohlfahrtsamt gestellt werden. Wenn diese Aufwendungen auch durchweg nur nach Prüfung der Bedürftigkeit im Einzelfall gemacht werden, so ist die Zahl der als bedürftig Anzuerkennenden nach längerer Aussperrung keineswegs gering zu veranschlagen.

Da die Bar- und Sachleistungen der Gemeinden vor dem 19. November ebenfalls erheblich waren, ist die Gesamtbelastung aus diesem unvorhergesehenen Anlaß schon heute ein bedeutender Betrag. Eine bestimmte Summe läßt sich zurzeit mangels vollzähliger und sicherer Unterlagen noch nicht angeben. Nach Schätzungen des Oberbürgermeisters der Stadt Düsseldorf beträgt die Unterstützungssumme für die Ausgesperrten im ganzen Bezirk wöchentlich etwa 4,3 Mill. Mark. Diese Summe ist ein ernst zu nehmender Teilbetrag der Gesamtkosten des Streikverfahrens. Deckungsmittel für diese großen unerwarteten Ausgaben sind aus den bisher beschlossenen Einnahmen im Haushalt 1928 nicht vorhanden; das steht für die größte Zahl der Gemeinden schon heute fest. Die Stadt- und Landgemeinden können infolgedessen die Kosten auch nicht für kürzere Zeit aus eigenen Mitteln tragen. Das Reich muß vielmehr für die Dauer dieser Sonderunterstützungen nicht nur 85, sondern 100 v. H. der Barleistungen übernehmen. Den Gemeinden bleiben im übrigen noch Lasten genug. Für die Mehrzahl der Stadt- und Landkreise erscheint hinter der schwebenden Wirtschaftskrise die schwere Sorge um die Beschaffung neuer Einnahmen. Sie werden sicherlich im Rahmen des Haushalts für 1928 gefunden werden müssen. Die Uebernahme eines großen Fehlbetrages in das Jahr 1929 ist allgemein nicht möglich. Denn soweit die Haushaltspläne der Gemeinden für 1929 schon bekannt geworden sind, zeigen sie das Bild gesteigerter Ausgaben, insbesondere auch erhöhter Wohlfahrtsausgaben, dem die Gefahr verminderter Einnahmen gegenübersteht. Eine Verschlechterung des vorläufigen Finanzausgleichs zu Lasten der westlichen Industriegemeinden muß jedenfalls nach diesen Vorgängen gänzlich aus der Erörterung ausscheiden. Die unveränderte Verlängerung des Finanzausgleichs in seiner jetzigen Form bis zur endgültigen Regelung ist das Mindeste, das erwartet werden muß angesichts der wirtschaftlichen Unmöglichkeit, eine allgemeine, große Erhöhung der Grundvermögens- und Gewerbesteuer in den Gemeinden vorzunehmen. Mehr noch als für das Reich droht das Rechnungsjahr 1929 für die Gemeinden, vor allem die Industriegemeinden, ein Notjahr zu werden, selbst wenn der Wirtschaftsfriede unverzüglich wiederhergestellt wird.

# Die Reichsregierung greift endlich in den Eisenkonflikt ein.

**Reichsinnenminister Severing soll, wenn beide Parteien mit ihm einverstanden sind, als Vermittler den Streit beendigen.**

## Bergemanns Vermittlungsversuch gescheitert.

)( **Düsseldorf, 29. November.**

Die Vermittlungsaktion des Regierungspräsidenten Bergemann ist ergebnislos geblieben. Die Gewerkschaften hatten sich bereit erklärt, den Vermittlungsvorschlag des Regierungspräsidenten anzunehmen. Dieser geht dahin, daß der Schiedsspruch erst mit der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts in Wirksamkeit treten und nur bis 1. April laufen soll. Aber selbst diesen Vorschlag haben die Unternehmer abgelehnt. Unter diesen Umständen schloß der Regierungspräsident die Besprechungen und teilte den Parteien mit, daß er sie nochmals Sonnabend zu sich laden werde, um festzustellen, ob bis dahin eine Aenderung in der Auffassung der Parteien — praktisch der Unternehmer — eingetreten ist. Vor dem Scheitern sind die Verhandlungen also nochmals vertagt worden. — Ueber die Forderungen und Zugeständnisse und den Stand der Verständigungsverhandlungen gibt der freigewerkschaftliche Deutsche Metallarbeiterverband in der sozialistischen Presse eine längere Darstellung.

Die Unternehmervertreter verlangten über den verbindlich erklärten Schiedsspruch hinweg ein Lohnabkommen auf möglichst lange Dauer, ganz gleich, wie das Urteil des Reichsarbeitsgerichts über den verbindlichen Schiedsspruch ausfalle. Die Unternehmer wollten diesen Schiedsspruch eben auf irgendeine Weise, aber bestimmt aus der Welt schaffen, weil er für sie wirtschaftlich untragbar sei. Die Gewerkschaften wollten Anerkennung und Durchführung des verbindlich erklärten Schiedsspruchs. Um kein Hindernis für die Wiederaufnahme der Arbeit zu geben, hätten sich die Gewerkschaftsvertreter bereit erklärt, von der Forderung auf Nachzahlung des Lohnes bis zum Tage der Urteilsverkündung durch das Reichsarbeitsgericht abzusehen. Weiter hätten sie zugestanden, die Laufdauer des Schiedsspruchs, die bis 31. März 1930 festgesetzt sei, um ein Jahr zu verkürzen, also bis auf den 31. März 1929. Weitere Zugeständnisse müßten die Gewerkschaften ablehnen mit Rücksicht auf ihre an sich schon schlecht entlohnten Kollegen und auch mit Rücksicht auf das Schlichtungswesen. Die Gewerkschaftsvertreter wollten den Faden, so dünn er auch sein möge, nicht abreißen lassen. Und sie seien zu weitern Verhandlungen bereit, obwohl die Aussicht, zu einem Ergebnis zu kommen, verteufelt gering wäre.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß die Reichsregierung Schritte unternommen hat, die dazu dienen sollen, den Konflikt, dessen wirtschaftliche Auswirkungen immer verheerender werden, zu beendigen.

★

## Das Vermittlungsangebot der Reichsregierung.

Von unserer Berliner Redaktion.

)( **Berlin, 29. November. (Drahtb.)**

Im Eisenkonflikt hat die Reichsregierung auch jetzt einen letzten Vermittlungsversuch unternommen, der den nun schon wochenlangen Streit beilegen soll. Nachdem in Verfolg des Kabinettsbeschlusses vom Mittwoch eine Kommission, die die Verwendung der Ausgesperrtenunterstützung prüfen soll und aus je einem Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des Finanzministeriums, des Arbeitsministeriums sowie des Preußischen Wohlfahrtsministeriums besteht, nach Köln gefahren ist und dort gemeinsam mit den Wohlfahrtsdezernenten der in Frage kommenden Gemeinden aus dem Aussperrungsgebiet ihre Beratungen aufgenommen hat, um die Frage der gemeindlichen Unterstützungen und ihre Verhältnisse zu den Löhnen zu prüfen, hat die Reichsregierung heute von sich aus einen neuen Schritt unternommen, um beide Parteien zu bewegen, sich dem Spruch eines Gutachtens zu beugen, das von einer Persönlichkeit abgegeben werden soll, die sowohl auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite das erforderliche Ansehen genießt. Wer diese Persönlichkeit ist, ist amtlich noch nicht bekannt gegeben worden, da erst die Rückäußerung der beiden Parteien, ob sie auf diesen Vorschlag der Reichsregierung eingehen wollen oder nicht, abgewartet wird. Die in der Presse für den Vermittlungsvorschlag zunächst genannten Namen des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons, des früheren Reichsarbeitsministers Dr. Brauns und des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, kommen für diese Aktion nicht in Frage. Zuverlässig verlautet aber aus unterrichteten Kreisen, daß der Reichsinnenminister Severing dafür in Aussicht genommen ist. Seine Bestellung kann aber naturgemäß erst erfolgen, wenn die Zustimmung sowohl von Arbeitgeber- wie von Arbeitnehmerseite in Berlin vorliegt.

Für die Wahl Severings ist in erster Linie maßgebend, daß er die Verhältnisse im Westen aus eigener Anschauung genau kennt und zwar vor allem auch durch seine Tätigkeit als Reichs- und Staatskommissar für das Ruhrgebiet. In dieser Eigenschaft hat er gerade in den für das rheinisch-westfälische Industriegebiet besonders schweren Jahren nach dem Kriege eine so große Fülle ähnlicher wichtiger Aufgaben bewältigt, daß seine Person in den zuständigen Kreisen der Reichsregierung für die Beilegung des gegenwärtigen Kampfes als besonders geeignet angesehen wird.

Der an die Vertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gerichteten Anfrage der Reichsregierung, ob sie sich mit der von ihr in Aussicht genommenen Lösung einverstanden erklären, dürften in großen Zügen bereits auch sachliche Unterlagen für den Versuch einer Einigung beigefügt sein. Von der Antwort hängt es dann ab, ob Severing den Versuch der Beilegung des Konfliktes durchführen wird.

Die Vertreter der Arbeitgeberorganisationen befinden sich bereits seit heute in Berlin, und es liegt die Vermutung nahe, daß sie ihrerseits bereits mit dem Reichsarbeitsministerium Besprechungen pflegen. Der Grund für diese Annahme wird dadurch erhärtet, daß der Reichsarbeitsminister die Vertreter der Gewerkschaften für morgen zu Verhandlungen nach Berlin geladen hat. Auch der bisherige Vermittler im Eisenkonflikt, Regierungspräsident Bergemann, wird an den Berliner Besprechungen teilnehmen. Nach günstiger Beendigung dieser Vorverhandlungen dürften die Einigungsverhandlungen im Ruhrgebiet sofort einsetzen. In unterrichteten Kreisen sieht man dem Ausgang der Berliner Besprechungen mit größerem Optimismus entgegen, als das für den letzten Abschnitt der Verhandlungen in Düsseldorf der Fall war.

# Ein kühner Juwelenraub in Berlin.

## Ausländische Gauner.

× **Berlin, 29. Nov.** In einem bekannten Juweliergeschäft der Innenstadt wurde gestern während der Geschäftszeit von zwei Ausländern aus einer der Vitrinen ein Tablett mit 26 kostbaren Platin-Diamant-Ringen im Werte von 200 000 Mark gestohlen. Auf die Wiederherbeischaffung der Juwelen ist eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt worden.

Die Diebe waren zwei gutgekleidete Herren, anscheinend Amerikaner, die nur gebrochen deutsch sprachen. Einer von ihnen verlangte eine Krawattennadel zu kaufen. Sein Begleiter beteiligte sich zunächst am Aussuchen, entfernte sich dann aber vom Ladentisch und schien in die Betrachtung einer Vitrine vertieft, in der in verschiedenen übereinander liegenden Fächern Juwelen ausgestellt waren. Inzwischen hatte sich sein Freund für eine Krawattennadel zu 26 Mark entschieden und bezahlte mit einem Tausendmarkschein. Während der Verzögerung, die durch das Wechseln entstand, stand der andere scheinbar gleichgültig mit dem Rücken gegen die Vitrine gelehnt. Als die Verkäuferin das Tablett mit den Krawattennadeln in die Vitrine zurücklegen wollte, hielt er sie davon ab und erklärte, daß er ebenfalls eine Krawattennadel brauche. Statt dessen verließen die beiden, sobald das Wechseln beendet war, das Geschäft, wobei der Käufer der Krawattennadel Handschuhe und Stockschirm auf dem Ladentisch liegen ließ. Als jemand vom Personal dem Kunden nachlief, um sie auf die Vergeßlichkeit aufmerksam zu machen, kamen die beiden auch schon zurück und nahmen ihr Eigentum an der Tür in Empfang. Sehr viel später erst stellte es sich heraus, daß das ganze mit dunkelrotem Sammet bekleidete Tablett, auf dem die 28 Ringe aufgesteckt waren, verschwunden war. Beide Diebe trugen einen weiten Raglanmantel, der ihnen das Manövrieren erleichtern mußte.

Bemerkenswert ist, daß am Tag vorher dasselbe Geschäft von einem elegant gekleideten Mann, der sich Martelec nannte, nur französisch sprach und als seine Adresse die französische Botschaft angegeben hatte, um einen wertvollen Ring im Werte von 12 000 Mark bestohlen wurde. Er hatte eine mit Brillanten besetzte Platinuhr auf den Tisch gelegt und erklärt, daß er sie gegen einen Ring eintauschen wolle. Als ihm dann ein Tablett mit Ringen vorgelegt wurde — es war dasselbe Tablett, das gestern vollständig gestohlen wurde — vertauschte er einen der Ringe geschickt mit einer wertlosen französischen Imitation, worauf er den Umtausch durch einen Vorwand zum Scheitern brachte. Auch hier wurde der Verlust erst nach seinem Weggehen entdeckt. In der französischen Botschaft war selbstverständlich von einem Herrn Martelec nichts bekannt.

★

## Die Deutsche Volkspartei droht mit politischen Konsequenzen.

Von unserer Berliner Redaktion.

◇ **Berlin, 29. November.**

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, auf die von Unternehmerseite lebhaft eingewirkt wird, hat in einer eigenen Entschließung zum Konflikt in der nordwestlichen Eisenindustrie Stellung genommen. In dieser Entschließung stellt die Fraktion fest,

„daß der Reichstagsbeschluß vom 17. November keine Mittel für eine Fürsorge im Sinne der Richtlinien des preußischen Wohlfahrtsministeriums zur Verfügung gestellt habe". Die Fraktion ersucht die Reichsregierung, „keine Auszahlung auf Grund des Beschlusses vom 17. November zu leisten, bevor nicht die geschilderten Mißstände abgestellt sind."

Aus volksparteilichen Kreisen wird darüber noch weiter bekannt, daß der Fraktionsvorsitzende Dr. Scholz sich bereits am Mittwoch nachmittag im einstimmigen Auftrag seiner Fraktion zum Reichskanzler Müller begeben habe, um ihn über die Verhandlungen in der Fraktion zu unterrichten und auf die angeblichen Mißstände bei der Gewährung von Unterstützungen an die ausgesperrten Arbeiter hinzuweisen. Scholz soll dabei den Reichskanzler „auf die ernste politische Lage" aufmerksam gemacht haben, die sich aus den Mißständen bei der Unterstützung ergebe.

Wie man dazu weiter erfährt, hatte die volksparteiliche Fraktion in einer Sitzung am Mittwoch abend bereits einen Beschluß zum Eisenkonflikt gefaßt, der wesentlich schärfer war als der heute veröffentlichte. Es soll in diesem Beschluß, der, wi eman hört, mit vier Stimmen Mehrheit zustande gekommen war, sogar die alte volksparteiliche Forderung auf Prüfung der Bedürftigkeit der zu unterstützenden Arbeiter und Zahlungsfortfall für die von den Gewerkschaften Unterstützten wieder erhoben worden sein. Auch war dem Beschluß, wie in unterrichteten Kreisen weiter behauptet wird, die Erklärung beigefügt, daß die Deutsche Volkspartei die Verhandlungen über die Große Koalition so lange als zwecklos ansehen müsse, als dieser ihrer Forderung nicht entsprochen werde. Diese scharfe Formulierung der volksparteilichen Forderung soll dann später durch das Eingreifen Stresemanns rückgängig gemacht worden sein. Ob diese Darstellungen im einzelnen zutreffen, läßt sich natürlich nicht nachprüfen. Eine gewisse Bestätigung erfahren sie aber durch die Tatsache, daß die für Freitag vormittag ursprünglich in Aussicht genommene Fortsetzung der Besprechungen über die Große Koalition einstweilen verschoben worden ist.

*

## Die Bezüge der Ausgesperrten.

:: **Essen,** 29. Nov. Einer Mitteilung der Gewerschaften zufolge erhalten die ausgesperrten Metallarbeiter der nordwestlichen Gruppe folgende Unterstützungen für die Woche: Die organisierten Ledigen von der Gewerkschaft 18 Mk., vom Reich 8 Mk., zusammen 26 Mk.; die organisierten Verheirateten von der Gewerkschaft 21 Mk., vom Reich 16 Mk., zusammen 37 Mk., die organisierten Familienväter mit einem Kind von der Gewerkschaft 24 Mk., vom Reich 19,50 Mk., zusammen 43,50 Mk.; für die Unorganisierten fallen die Unterstützungen der Gewerkschaften fort. Die Organisierten erhalten für jedes weitere Kind von Reich und Gewerkschaft zusammen je 6,50 Mk., die Unorganisierten vom Reich allein 3 Mk. Die genannten Sätze beziehen sich auf die erste Beitragsklasse, sie sind in der zweiten Beitragsklasse jedesmal um 3 Mk. geringer.

*

## Die Besprechungen der Regierungskommission in Köln.

() **Köln,** 29. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Im Rahmen der Reise des interministeriellen Ausschusses, der die Frage der Unterstützungssätze der Ausgesperrten prüfen soll, hat eine Erörterung der durch die Aussperrung hervorgerufenen Verhältnisse mit den Regierungen und anderen behördlichen Stellen des von dem Wirtschaftskampf betroffenen Gebietes stattgefunden. Die Aussprache diente lediglich informatorischen Zwecken. Irgendwelche Beschlüsse wurden nicht gefaßt und waren auch nicht vorgesehen.

*

## Zentrumsantrag für den mitgeschädigten Mittelstand.

)( **Berlin,** 29. November. (Drahtb.)

Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages hat folgenden Urantrag eingebracht:

„Durch die Aussperrung seitens der Nordwestgruppe der Arbeitgeberverbände der Eisenindustrie wird in steigendem Maße der gewerbliche Mittelstand in dem betroffenen Gebiet in schwerster Weise gefährdet. Bei weiterem Anhalten der Aussperrung ist zu befürchten, daß zahlreiche Handwerker und Gewerbetreibende ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können und wirtschaftlich zusammenbrechen. Der Landtag wolle daher beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht,

a) unverzüglich möglichst unter Mitwirkung der gesetzlichen Berufsvertretungen von Handwerk und Einzelhandel die Schädigungen festzustellen, die beim gewerblichen Mittelstand entstanden sind und noch entstehen,

b) schleunigst Hilfe zu leisten durch Steuererleichterungen und Stundungen von Gebühren sowie erforderlichenfalls Notstandskredite zu gewähren,

c) auf die Gemeinden einzuwirken, daß dieselben ebenfalls in gleicher Weise verfahren und auch bei den Sparkassen und sonstigen Kreditinstituten die demnächst fällig werdende Zinszahlung im Bedarfsfalle gestundet werde.

*

## Der Lohnstreit in der Metallindustrie Hagen–Schwelm.

)( **Dortmund,** 29. Nov. Vom Schlichter für Westfalen wird uns mitgeteilt, daß bei den gestern im Reichsarbeitsministerium in Berlin geführten Nachverhandlungen ein neuer Schiedsspruch in dem Lohnstreit in der Metallindustrie Hagen-Schwelm gefällt wurde, der unter Abänderung des seinerzeit vom Schlichter für Westfalen gefällten Schiedsspruches einen Spitzenlohn von 0.82 Mk. vorsieht. Dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt, von den Gewerkschaften aber angenommen. Bei der bereits mitgeteilten Verbindlichkeitserklärung handelt es sich um diesen neu gefällten Schiedsspruch.

*

## Der Schiedsspruch für die märkische Metallindustrie verbindlich.

:=: **Berlin,** 29. Nov. Der Reichsarbeitsminister hat heute mittag den Schiedsspruch über die Lohntarifsstreitigkeiten im Bezirk der märkischen Metallindustrie Hagen-Schwelm für verbindlich erklärt.

*

## Die Stillegungen im Kreise Altena.

× **Arnsberg,** 29. Nov. Der Regierungspräsident König-Arnsberg teilt uns mit: Durch die Auswirkungen der Aussperrung innerhalb der nordwestlichen Gruppe wird auch der Kreis Altena mittelbar schwer betroffen. Ein Großteil der dortigen Fabriken und Klinke, Heinr., Sohn, Gußstahlwerk in Altena; Berg und Heckmann-Selve A. G. Metallwaren in Altena; Gebr. Nilaeus in Plettenberg; Plettenberger Drahtindustrie in Plettenberg; Seissenschmidt in Plettenberg; W. Schade, Metallwarenfabrik in Plettenberg; Graewe, Kaiser, Schraubenfabrik in Plettenberg; Langemann und Schulte, Gesenkschmiederei in Plettenberg; Gebr. W. Lüsebring, Drahtkurzwarenfabrik in Halver; Breminghaus, Werdohl; Thomee A.-G. in Werdohl; Pickhardt und Gerlach G. m. b. H., Metallwarenfabrik in Werdohl; Volkenrath u. Co., Gabelfabrik in Schwenke; Vereinigte Stahlwaren A.-G., Blechwalzwerk in Nachrodt.

Unternehmungen, auch soweit sie nicht unmittelbar zur Arbeitgebergruppe Nordwest gehören, ist als weiterverarbeitender Industriezweig indirekt durch Anlieferung oder Ablieferung von der Gruppe Nordwest abhängig. Die Aussperrung mußte also dort teils Mangel an Rohstoffen, teils Absatzmangel zeitigen, in dessen Gefolge eine mit der Dauer der Aussperrung sich steigernde Stillegungsziffer einsetzte. Bisher haben unter Berufung auf den Kampf in der nordwestlichen Gruppe 15 Betriebe des Kreises Altena Stillegungsanträge gestellt und zwar:

---

# Um die Technische Nothilfe.

## Die Mehrheit des Reichstages für ihre Beibehaltung.

### Zwei Mißtrauensanträge gegen Severing.

)( **Berlin,** 29. November.

Im Reichstag wurde um Sein oder Nichtsein der Technischen Nothilfe gekämpft. Auf dem Kongreß der freien Gewerkschaften in Hamburg hatte der Reichsinnenminister Severing angekündigt, daß er die Technische Nothilfe aufheben und die bisher dafür verwandten Mittel für Bildungszwecke verwenden wolle. Diese Rede hatte die Deutschnationalen zu einer Interpellation veranlaßt, in der das Vorgehen des Ministers als ein Eingriff in die Rechte des Reichstages verurteilt wird. In einem besonderen Antrag fordern die Deutschnationalen die Weiterbewilligung der Mittel für die Technische Nothilfe in der bisherigen Höhe. Diese Interpellation und dieser Antrag standen auf der Tagesordnung der Donnerstagsitzung zusammen mit einem kommunistischen Antrag, der die Auflösung der Technischen Nothilfe verlangt.

Abg. Berndt (Rn.) begründete die Interpellation. Diktatorisch habe der Reichsinnenminister in Hamburg unter dem Jubel seiner sozialdemokratischen Zuhörer erklärt, daß er die Technische Nothilfe nicht mehr für notwendig erachte und ihre Auflösung veranlassen werde. Das Vorgehen des Ministers gegen die Technische Nothilfe stelle eine die Verfassung verletzende Eigenmächtigkeit dar. Die Erklärung für dieses selbstherrliche Vorgehen liege einfach darin, daß die Sozialdemokratie in ihren Panzerkreuzernöten Beruhigungspillen für ihre revoltierenden Wählermassen brauchte. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Widerspruch bei den Soz.) Die Begründung, daß die freiwerdenden zwei Millionen für andere Zwecke verwandt werden könnten, sei nicht ernst zu nehmen angesichts der Tatsache, daß die Sozialdemokratie nicht das geringste Bedenken trage, Millionen aus Reichsmitteln für sozialdemokratische Beeinflussung des Films ausgeben zu lassen. Der Redner sprach dem Minister schärfste Verurteilung für seine Haltung aus. **Die Technische Nothilfe habe sich als**

**ein unentbehrliches überparteiliches Instrument in der Hand des Staates**

erwiesen. 174 Elektrizitätswerke, 96 Gaswerke und 95 Wasserwerke seien durch Eingreifen der Technischen Nothilfe vor völliger Stillegung bewahrt worden. Ihre Aufhebung würde nicht nur die Streikaussichten, sondern auch die Streiklust ins Ungemessene steigern. Unter solchen Umständen könne man ihre Aufhebung nur als Katastrophenpolitik bezeichnen, die der Redner dem Reichsinnenminister vorwarf. (Zustimmung rechts, dauernde Gegenkundgebungen links.)

**Reichsinnenminister Severing**

beantwortete die Interpellation: Es ist zutreffend, daß ich vorsorglich die Kündigung der Angestellten der Technischen Nothilfe verfügt habe, weil ich die Technische Nothilfe aufgeben will. Das liegt ganz im Rahmen der Pflicht eines Ministers, die Obliegenheiten seines Geschäftsbereichs nach seiner Ansicht und seinem pflichtbewußten Ermessen zu regeln. Für den entsprechenden Haushaltsvorschlag an die Reichsregierung trage ich die alleinige Verantwortung. Die Reichsregierung wird noch dazu Stellung nehmen.

**Dem Reichstag ist es unbenommen, meinen Vorschlag abzulehnen.**

Von einem Eingriff in die Rechte des Reichstages oder von einer bewußten Verletzung der Verfassung kann danach keine Rede sein. Zu einem Diktator habe ich keine Neigung und kein Format. In einem Notjahr ist es die Pflicht des Ministers, dort Abstriche zu machen, wo sie mit dem Staatswohl verträglich sind. Schon vor dem Hamburger Gewerkschaftskongreß hatte ich die Aufhebung der Teno vorbereitet, um größere Mittel für Bildungsaufgaben zu erhalten. Nichts lag also näher, als daß ich dem Gewerkschaftskongreß sagte, nach der Aufhebung der Teno hätten die Gewerkschaften die Pflicht, die jetzt von der Technischen Nothilfe erfüllten Aufgaben selbst zu übernehmen. (Großer Lärm und lebhafte Zurufe bei den Komm.) Ich bin in meiner Rede für die Gesinnungsfreiheit der Beamten eingetreten, habe aber erklärt,

**daß die Beamten nicht jenen Kampforganisationen angehören dürften, die sich den gewaltsamen Umsturz des bestehenden Staates zur Aufgabe gesetzt haben.**

(Lärm rechts und Rufe: Wen meinen Sie damit? Namen nennen!) Ich meine damit jene Organisationen, auf die meine Kennzeichnung zutrifft. (Rufe rechts: Er weicht aus). Schon eine frühere Regierung hat erklärt, die Teno sei eine Noteinrichtung, die zu verschwinden habe, wenn der Notstand nicht mehr besteht, der zu ihrer Einrichtung geführt hat. Die Regierung, von der das erklärt wurde, war die, in der die Herren von Keudell und Hergt gesessen haben. (Große Heiterkeit links). Unsere Wirtschaft hat sich inzwischen so konsolidiert und politische Streiks sind so selten geworden, daß die Noteinrichtung von 1919 verschwinden kann, ohne daß der Volkswirtschaft ein Schaden geschieht. Bei den großen Streiks von 1921 bis 1923 war die Aufrechterhaltung der Betriebseinrichtungen nicht das Verdienst der Teno allein, sondern vor allem der Gewerkschaften, die selbst die Nothilfe in die Hand genommen hatten. Ich bin für die Technische Nothilfe, aber sie kann wirksam durchgeführt werden nicht durch die jetzt bestehende Einrichtung, sondern nur durch die Gewerkschaften selbst. Wir sind in Deutschland nicht besonders reich an Bodenschätzen. Den bestehenden Mangel müssen wir ersetzen durch Forschung, Wissenschaft und Technik. Durch Bildungseinrichtungen auf diesem Gebiet auch Aufklärung in den Gewerkschaften zu verbreiten, das ist die beste technische Nothilfe. Die für diesen Zweck ausgegebenen Mittel zerstören nicht, sie bauen auf. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Ersing (Z.): Wir sind mit den Deutschnationalen dafür, daß die Technische Nothilfe aufrechterhalten wird, aber wir müssen uns gegen die Behauptung der Deutschnationalen wenden, daß Minister Severing mit seinem Vorgehen seine Amtspflicht oder gar die Verfassung verletzt hätte. Die Teno ist wie die Reichswehr in jenen sturmbewegten Tagen gegründet worden, wo Staat und Wirtschaft gegen den Angriff der Kreise geschützt werden mußten, die die Moskauer Diktatur über Deutschland erstrebten. Ebenso wie die Reichswehr ist leider auch die Teno in den Parteistreit hineingezogen worden. Anfangs haben die Gewerkschaften der Teno durchaus wohlwollend gegenübergestanden. Das hat sich seit 1920 geändert infolge von Vorkommnissen, bei denen sich die Leitung der Teno nicht richtig verhalten hat. Mehrfach hatten bei Arbeitskämpfen die Gewerkschaften sich zu den Notstandsarbeiten bereit erklärt, die Unternehmer lehnten das ab, zogen die Technische Nothilfe heran und diese griff ein, ohne sich mit den Gewerkschaften zu verständigen. Das mußte bei den Gewerkschaften böses Blut machen.

**Wir wollen die Aufrechterhaltung der Teno,**

aber nur dann, wenn sie getragen ist von dem Vertrauen der breitesten Schichten des deutschen Volkes. Die Leitung der Teno wird sich um dieses Vertrauen bemühen müssen. Wir hoffen, daß in nicht allzu ferner Zeit Staat und Wirtschaft so gesichert sein werden, daß wir dann auf die Einrichtung der Teno verzichten können; bis dahin wollen wir sie beibehalten.

Von den Deutschnationalen war inzwischen ein Antrag eingegangen: Der Reichsinnenminister Severing besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.

Abg. Hintzmann (DV) bedauerte, daß der Reichsinnenminister sich nicht mit dem Gesamtkabinett verständigt habe, bevor er seinen Vorstoß gegen die Teno unternahm. Der Teno müsse der Dank der deutschen Wirtschaft ausgesprochen werden für ihre Leistungen zum Schutz dieser Wirtschaft (Beifall). In den letzten Jahren sei zwar eine gewisse Stabilisierung der Wirtschaft eingetreten, aber die Teno sei doch noch nicht zu entbehren, vor allem nicht angesichts der Kampfpläne der Kommunisten. Die Volkspartei werde dem deutschnationalen Antrag auf Wiedereinstellung der Mittel für die Teno zustimmen.

Abg. Petzold (W. P.) stimmte dem Zentrumsredner darin zu, daß der Minister sich bei seinem Vorgehen durchaus im Rahmen seiner Befugnisse gehalten habe, daß aber die Teno heute noch nicht zu entbehren sei. Es könne erwogen werden, ob gewisse Abstriche an den Mitteln gemacht werden können. Nur unter dieser Voraussetzung werde die Wirtschaftspartei dem deutschnationalen Antrag zustimmen. Ueber diesen Antrag sollte namentlich abgestimmt werden.

Abg. Dr. Külz (Dem.) wies darauf hin, daß sich bei der Nachprüfung der Schlichtungsordnung Gelegenheit bieten werde, die Frage der Aufrechterhaltung der vom Reichspräsidenten schon vor 8 Jahren erlassenen Notverordnung über die Technische Nothilfe zu prüfen. Zweifellos sei die Technische Nothilfe nicht mehr im gleichen Umfang nötig wie früher. Vollkommen überflüssig sei sie aber noch nicht. Bei ihrer Aufhebung könnte der Fall eintreten, daß einzelne Länder eigene Nothilfen aufziehen. Noch unerwünschter wäre es, wenn private Kampforganisationen der Unternehmer gebildet würden. Der Redner trat aber dafür ein, daß eine

**Nachprüfung der Richtlinien und der Kostengebarung der Technischen Nothilfe**

erfolge und daß nötigenfalls die laufenden Kosten durch Beiträge von den durch die Nothilfe geschützten Betrieben aufgebracht werden.

Abg. Rauch (Bayr. Vp.) bedauerte die Rede des Ministers auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß. Sein Vorgehen bedeute, wenn nicht ein Eingriff, so doch einen Vorgriff auf das Etatrecht des Reichstages. Ueber Abstriche bei der Teno lasse sich reden, aber die Einrichtung selbst könnte noch nicht entbehrt werden.

Abg. Bertz (K.) begründete den kommunistischen Antrag, der die sofortige Auflösung der Teno und die Aufhebung der Verordnung über die Stillegung von lebenswichtigen Betrieben vom 10. November 1920 fordert. Der Redner begründete weiter einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsinnenminister und erhielt einen Ordnungsruf wegen einer gegen den Minister gerichteten beleidigenden Bemerkung.

Abg. Limbertz (Soz.) meinte, die Teno verdanke ihr Dasein eigentlich den Kommunisten, gegen deren Ansturm Staat und Wirtschaft in den kritischen ersten Jahren der Republik geschützt werden mußten. (Lärm bei den Komm.) Jetzt sei die kostspielige Einrichtung überflüssig geworden. Die Gewerkschaften seien durchaus bereit, mit den Arbeitgeberverbänden Vereinbarungen zu treffen, durch die eine Garantie für die Durchführung der Notstandsarbeiten bei Arbeitskämpfen seitens der Gewerkschaften geleistet werde.

Abg. Frick (Nat.-Soz.) erklärte, seine Freunde seien nicht sicher, ob die Teno nicht als Streikbrecherorganisation zugunsten des Daweskapitals mißbraucht werden könnte. Darum würden sie die Teno ablehnen und für ihre Aufhebung stimmen.

**Nach dem Abschluß der Aussprache gab es eine** erregte Geschäftsordnungsdebatte, weil die Deutschnationalen und die Flügelparteien rechts und links die sofortige Entscheidung verlangten, während die in der Regierung vertretenen Parteien die Ueberweisung des deutschnationalen Antrages an den Haushaltsausschuß verlangten und schließlich auch durchsetzten.

Die beiden Mißtrauensanträge gegen den Reichsinnenminister sollen in der Freitagssitzung, die um 2 Uhr beginnt, zur namentlichen Abstimmung kommen. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehen weiter die Anträge zur Reform der Ehescheidung, des Eherechts und des Rechts des unehelichen Kindes.

---

# Anziehende Konjunktur der Bilderfälschung.

## Der van Gogh-Skandal.

Wir berichteten dieser Tage darüber, wie der italienische Bildhauer Dossena das Opfer gewissenloser Kunsthändler geworden ist, die jahrelang von ihm hergestellte Reproduktionen als echte Arbeiten zu riesigen Preisen in den Handel brachten. Nun hat der Verfasser des Werkes über van Gogh, das die Gemälde van Goghs in Reproduktionen zeigt, de la Faille aus Amsterdam, in einem Nachtrag zu diesem Werke erklärt, daß er selbst umfangreichen Fälschungen van Goghscher Werke zum Opfer gefallen sei. Es handle sich darum, daß ungefähr zehn bis fünfzehn Gemälde als Arbeiten van Goghs in diesem Buche angegeben erscheinen, Werke, die nur zu dem Zwecke, als van Goghs in den Handel gebracht zu werden, gefälscht worden seien.

Auf diese relativ einfache und gefahrlose Weise Geld zu verdienen, ist ja an sich keine besonders originelle Idee. Auch im Altertum wurden Kunstwerke gefälscht. Zu einem Erwerbszweig wurde die Angelegenheit jedoch erst, als man Ende des 15. Jahrhunderts systematisch im Abendlande zu sammeln begann. Bis zum 18. Jahrhundert war Italien, wo sich die Kunstübung des Altertums als Tradition lebendig erhalten hatte, Hauptsitz des Fölschergewerbes. Meisterstücke in ihrer Art waren die Miniaturenfälschungen des Italieners Libri und in neuerer Zeit die „Moabiter Altertümer" des Schapiro. Aber auch in anderen Ländern wollte man nicht zurückstehen. So gelang es 1896 dem russischen Goldschmied Rachumowski, die sogenannte Tiara des Saitapharaos als echt für 200 000 Franken an das Louvremuseum zu verkaufen.

Ueber die Erklärung de la Failles war man in Berliner Kunsthändlerkreisen nicht so überrascht wie in der breiten Oeffentlichkeit. Denn es war allgemein aufgefallen, daß die gegenwärtigen Inhaber der bekannten Firma Paul Cassirer auf ihrer großen van-Gogh-Ausstellung im vorigen Jahre bedenklich wurden, als man ihnen einen Teil der Gemälde anbot, die jetzt als gefälscht bezeichnet werden. Als dann auf einer zweiten van-Gogh-Ausstellung der Kestnergesellschaft in Hannover auch wieder eine Reihe jener Bilder auftauchten, wurden die Bedenken noch größer. Man wurde sich einig, daß die These der Echtheit nur noch schwache Vertretung finden konnte. Da kam die anscheinende Lösung von einer Seite, von der man sie am allerwenigsten erwartet hatte, nämlich eben von de la Faille. Er sagt, daß er einem Irrtum zum Opfer gefallen sei. Er habe sich durch eine persönliche Prüfung an den Objekten überzeugt, daß man es bei den Gemälden, die augenscheinlich alle von einer Hand stammen, mit Fälschungen zu tun habe. Für die einzelnen Bilder waren Summen ausgegeben, die zwischen 30 000 und 50 000 Mark lagen.

Aber schon erhebt sich wieder der Streit der Fachgelehrten. Der Berliner Händler, der die Bilder auf den Markt gebracht hat, ist durch einen russischen Adligen in der Schweiz zum Verkauf beauftragt worden. Aus bestimmten Gründen hat dieser Russe dem Händler erklärt, sein Name dürfe nicht bekannt werden. Der Berliner Händler hat erklärt, daß sich im Besitz der russischen Familie Briefe van Goghs befinden, die die Echtheit der Werke bekunden. In rein stilistischer Hinsicht ist die Echtheit schwer festzustellen. Meier-Graefe meint, daß die fraglichen Gemälde, verglichen mit den berühmten Werken van Goghs, schwach sind. Hinzu kommt, daß viele der Bilder restauriert worden sind und daß es also schwer ist zu unterscheiden, ob der Restaurator die Bilder in ihrer künstlerischen Wirkung geschädigt hat, wie es so oft bei Restaurationen geschieht. Meier-Graefe hat, wie gemeldet, fünf dieser Bilder kürzlich nach Hannover zu der van Gogh-Ausstellung mitgenommen und dort vor den authentischen Werken eingehende vergleichende Studien getrieben. Aber auch diese hätten, so sagen die Verfechter der Echtheit, nur das Resultat ergeben: Die Bilder können echt, sie können aber auch gefälscht sein. Andere van Gogh-Kenner, wie die Niederländer Brenner und Smith und auch der Berliner Rosenhagen sind von der Echtheit der Bilder durchdrungen. De la Faille erklärt jetzt plötzlich, die Bilder seien Fälschungen. Jedenfalls ergibt sich für die Händler und Kunstsammler vorläufig eine schwierige Situation, die erst dann restlos geklärt werden kann, wenn man die Herkunft der Bilder einwandfrei festgestellt haben wird.

*

## Die Polizei untersucht.

◆ **Berlin,** 29. Nov. Die angeblichen Fälschungen des holländischen Meisters van Gogh haben über den Kunstmarkt hinaus bereits so weite Kreise gezogen, daß nunmehr der „Nachtausgabe" zufolge die Kriminalpolizei in die Affäre eingegriffen hat. Mit den Ermittlungen wurde ein Sonderdezernat beauftragt. Eine Strafanzeige liegt bisher nicht vor. Die Polizei leitet das Verfahren, das gegen den Kunsthändler Wacker wegen Verdachtes des Betruges gerichtet ist, auf Grund der Zeitungsmeldungen ein, da aus den Behauptungen des Kunstsachverständigen de la Faille hervorzugehen scheint, daß der Kunsthändler bei dem Verkauf der Bilder über deren Herkunft falsche Angaben gemacht hat. Wacker befindet sich augenblicklich nicht in Berlin. Angeblich hält er sich in Holland auf, soll aber im Laufe des morgigen Tages wieder in Berlin eintreffen. Gleichzeitig wird versucht, de la Faille durch die Amsterdamer Behörde vernehmen zu lassen, um seine Behauptungen protokollarisch festzulegen.

---

## Das Befinden des Königs von England.

)) **London,** 29. Nov. Das Morgenbulletin der Aerzte stellt fest, daß der König eine ruhige, aber größtenteils schlaflose Nacht verbracht habe. Es ist gelungen, die Entwicklung der Infektion aufzuhalten.

Nach wie vor bewegen sich, auch in der Nacht, große Menschenmassen am Buckingham-Palast vorbei, um die dort ausgehängten Nachrichten über das Befinden zu lesen. Alle Körperschaften und Organisationen beschließen Kundgebungen, in denen ihr Mitgefühl und die Hoffnung auf eine rasche Genesung zum Ausdruck kommt.

Wie aus Daressalam gemeldet wird, liegt noch immer kein offizieller Entschluß darüber vor, ob der Prinz von Wales nach England abreisen wird; man nimmt aber an, daß der Prinz mit dem Kreuzer „Entreprise", der am 2. 12. aus Aden eintrifft, die Rückreise antritt.

---

## Kleine politische Nachrichten.

### Ernennung des Ministerialdirektors Dr. v. Dirksen zum deutschen Botschafter in Moskau.

× **Berlin,** 29. Nov. Der Reichspräsident hat den Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Dr. v. Dirksen, zum deutschen Botschafter in Moskau ernannt.

### Admiral Fletcher †.

# **New York,** 28. Nov. Admiral Frank Fletcher von der amerikanischen Kriegsmarine ist im Alter von 73 Jahren gestorben. Sein Name ist besonders bekannt geworden in der Zeit von Februar 1913 bis April 1914, als er Befehlshaber der amerikanischen Seestreitkräfte an der mexikanischen Küste war. Bei dieser Operation hatte er am 21. April 1914 die Stadt Vera Cruz besetzt. Im September 1914 wurde er zum Oberbefehlshaber der atlantischen Flotte ernannt.

### Seifried Bochum Weltergewichtsmeister.

)) **Berlin,** 29. Nov. Im einleitenden Leichtgewichtskampf siegte Walter Hainisch-Mülhausen nach sechs Runden über Schuhmacher-Berlin nach Punkten. Der folgende Kampf zwischen Fritz Schulz-Königsberg und Kracht-Hamburg endete mit einem Unentschieden. Der Hauptkampf um die deutsche Weltergewichtsmeisterschaft verlief bis zur 9. Runde sehr matt, und wurde erst lebhafter, als der Ringrichter die Kämpfer ermahnt. In der 13. Runde wird Kündig (Hamburg) groggy und gibt dann in der 14. Runde auf, sodaß Seifried den Kampf gewann und Meister wurde.

# Aus der Heimat.

### Eigenartiger Unfall.

**In eine Schaufensterscheibe gestürzt und unverletzt geblieben.**

**Bocholt**, 30. Novbr. Gestern abend gegen 5,30 Uhr kam es auf der Osterstraße zu einem eigenartigen Unfall, der seltsamerweise für die davon betroffene Person ohne Schaden verlief. Eine ältere Frau hatte sich die Schaufensterauslagen der Fa. S. L. Löwenstein angesehen. Im Weitergehen stolperte sie und stürzte in eine der großen Schaufensterscheiben. Während große Stücke Glas klirrend zu Boden fielen und die Scheibe bis oben hin zersplitterte, blieb die Frau glücklicherweise ohne jede Verletzung und kam mit dem allerdings nicht ganz geringen Schrecken davon. Der Unfall hätte unter Umständen tödlich auslaufen können. Auch die Schaufensterauslagen blieben unbeschädigt.

### Nikolausmarkt am kommenden Mittwoch.

**Bocholt**, 30. Novbr. Der diesjährige Nikolausmarkt findet statt am Mittwoch, den 5. Dezember, nicht wie gestern irrtümlich mitgeteilt, am 3. Dezember. Er wird auf dem Gasthausplatz abgehalten.

### Die Einnahmen und Ausgaben der Stadt Bocholt.

**Bocholt**, 30. Nov. Der Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben der Stadt Bocholt für das erste Halbjahr des Rechnungsjahres 1928 (1. April bis 30. September) liegt in der Zeit von Freitag, den 30. November ab 14 Tage lang zur Einsicht für alle Einwohner der Stadt Bocholt auf Zimmer 16 des Verwaltungsgebäudes Realschulstraße offen. Wer sich also für Soll und Haben unserer Kommune interessiert, möge sich diesen Ausweis einmal ansehen.

### Kath. Gesellenverein.

**Bocholt**, 30. Novbr. Es wird auch an dieser Stelle nochmals aufmerksam gemacht auf den Kommunionvortrag heute (Freitag) abend 8¼ Uhr.

### Theater im Gesellen-Verein.

**Bocholt**, 30. Novbr. Nach langer Pause gelangt am Sonntag, den 2. Dezember, abends 7,30 Uhr, ein herzerfrischendes, lebhaftes Volksstück mit Gesang und Reigen zur Aufführung. „Das Forsthaus im Falkengrund" wird alle Besucher einige frohe Stunden erleben lassen. Bei dieser Gelegenheit wird zum ersten Male die neue Bühne, welche von einem 120 Quadratmeter großen Rundhorizont umschlossen wird, gezeigt. Die erste Aufführung ist für Mitglieder, Ehrenmitglieder und deren Angehörige. Der Eintritt beträgt 0,50 Mark. Karten sind ab Freitag beim Hausmeister zu haben.

### Theater im Jugendheim, Dietrichstraße.

**Bocholt**, 30. November. Die Aufführung des Dramas „Das Grab auf der Heide" durch die Theaterabteilung des Kreuzbundes am vergangenen Sonntag fand vor ausverkauftem Hause wiederum starken Beifall. Vielseitigen Wünschen entsprechend haben sich die Künstler entschlossen, am kommenden Sonntag abends 6 Uhr das Drama nochmals aufzuführen. Es ist dies die unwiderruflich letzte Vorstellung. Der Eintrittspreis ist mit 50 Pfg. so billig gestellt, daß wohl jedem der Besuch möglich ist.

### Oeffentliche Volks- und Jugendbücherei St. Josef.

**Bocholt**, 30. Nov. Wegen anderweitiger Inanspruchnahme des Raumes müssen die Ausleihstunden am Sonntag, den 2. Dezember ausfallen. Anmeldungen und Beiträge werden jedoch in der Bücherei während der Ausleihstunden entgegen genommen. Die Mitglieder werden gebeten, den Bücherumtausch in den Ausleihstunden am Freitag und Dienstag vornehmen zu wollen.

### Brieftauben-Ausstellung.

**Bocholt**, 30. Nov. Die Brieftauben-Reisevereinigung für Bocholt und Umgegend veranstaltet am 1. und 2. Dezember im Lokale „Zum großen Kurfürsten" ihre diesjährige Siegerschau. Es sind ausgestellt Brieftauben, welche auf der Strecke von Schneidemühl und der Ostkolonie Riesenburg — Insterburg bis Bocholt (etwa 1000 Kilometer) Preise errungen haben. Besonders wird auf die reichen und schönen Ehrenpreise hingewiesen, welche für die schönsten Tauben der Ausstellung bestimmt sind. Es werden über 200 Brieftauben von den angeschlossenen Mitgliedern ausgestellt. (Näheres siehe Anzeige.)

# Gewerkschaftliches.

### Unterrichts-Abend im Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Bocholt.

Am fünften Unterrichtsabend des D. G. B. Ortsausschuß Bocholt sprach der Direktor der Wirtschaftsschule in Düsseldorf Dr. Seelbach über die Sozialpolitik. Im Anfang seiner Ausführungen erwähnte der Referent die augenblicklichen Bestrebungen, die Summe unserer Reparationslasten endgültig festzulegen. Das ganze deutsche Volk müsse unter diesen Reparationslasten leiden. Auch die Arbeiterschaft leide sehr darunter. Trotz dieser Belastung und trotz anderer Widerwärtigkeiten könne man nicht abstreiten, daß wir wirtschaftlich wieder vorwärts gekommen seien. In dem Maße, wie die Wirtschaft verdiene, müsse aber auch die Arbeiterschaft daran teilhaben. Soziale Spannungen seien da, diese Spannungen dürften jedoch nicht zur Katastrophe führen. Das hätte bisher die soziale Gesetzgebung auch verhindert. Leider sei jetzt durch den Kampf in der Eisenindustrie eine Katastrophe hereingebrochen, die im Interesse des ganzen deutschen Volkes zu bedauern sei.

Der Referent schilderte dann die Entwicklung auf sozialpolitischem Gebiete vor dem Kriege. Das soziale Ansehen der Arbeiterschaft sei gering gewesen. Auch die Möglichkeit sich fortzubilden, war für die Arbeiterschaft gering. Durch die Entwickelung zu Großbetrieben sei die Spannung zwischen Arbeitgeber und Arbeiterschaft immer größer geworden. Formell war der Arbeiter frei, in Wirklichkeit jedoch stark vom Arbeitgeber abhängig. Die Wirtschaft hatte sich von sittlichen Grundsätzen weit entfernt. Tarife kannte man in der Hauptsache nur in den handwerklichen Betrieben. Der größte Teil der Arbeiterschaft arbeitete damals ohne tarifliche Abmachungen. Bei der Festsetzungen der Löhne und Arbeitsbedingungen hätte die Arbeiterschaft wenig mitzureden gehabt. Nach dem Kriege sei vieles besser geworden. Die Gewerkschaften und ihre Führer seien als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt. Arbeiter seien in die verschiedensten Aemter hineingekommen. Die ganze Sozialpolitik sei darauf zugeschnitten, der Arbeiterschaft zu helfen. Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sei geschaffen. Dadurch sei der Arbeiter im Falle der Arbeitslosigkeit doch vor der größten Not gesichert. Der Referent besprach dann noch weiter die anderen sozialpolitischen Gesetze, die nach dem Kriege geschaffen wurden. Warum soll aber auch nicht die Arbeiterschaft in den Handelskammern usw. vertreten sein? Noch viele Reformen auf sozialpolitischem Gebiete müßten kommen. Auch müsse das Bildungswesen anders ausgestaltet werden. Mehr Gewicht müsse auf die Fachschulen gelegt werden. Wenn die Arbeiterschaft mittraten wolle, müsse sie auch die Verantwortung mittragen. Beides könne sie nur, wenn sie auch über das notwendige Wissen verfüge. Zum Schlusse mahnte der Redner, in dem Drange nach Bildung nicht zu erlahmen, sondern jede Gelegenheit, ihr Wissen bereichern zu können, zu benutzen. Dann würde die Arbeiterschaft auch vorwärts kommen.

In der Aussprache wurden dann noch einige Fragen gestellt die vom Redner bezw. vom Vorsitzenden beantwortet wurden.

Am Mittwoch, den 12. Dezember, sollen die einzelnen Vorträge die an den bisherigen Schulungsabenden gehalten wurde, besonders die arbeitsrechtlichen Fragen nochmals durchgesprochen werden. Mit dem Wunsche, daß der nächste Unterrichtsabend auch so zahlreich besucht sein möge wie die vorherigen, schloß der Vorsitzende die Sitzung.

---

z. **Hemden**, 30. Novbr. **Schweinepest.** Unter dem Schweinebestande der Landwirtin Wwe. Büdding ist die Schweinepest ausgebrochen. Ueber das Seuchengehöft ist die Sperre verhängt worden.

n. **Rhede**, 29. Nov. **Theater im kath. Arbeiter-Verein.** Wie schon mitgeteilt, tritt am kommenden Sonntag die Theater-Abteilung des kath. Arbeitervereins mit dem plattdeutschen Theaterstück „Blomenkamps" an die Oeffentlichkeit. Dieses Stück ist so richtig dem westfälischen Heimatboden entwachsen. Köstlicher Bauernhumor und Derbheit kommen in Sprache und Lied zum Ausdruck. Besonders in dem Liebeswerben der drei 40jährigen Drillinge Blomenkamps spiegelt sich die Schüchternheit, sowie die urwüchsige Art und Weise, wie der ländliche Westfalensohn um seine Braut wirbt, wieder. Ganz besonders tritt der Kontrast zwischen Bayern und Westfalen auf dem Felseckplateau in Garmisch-Partenkirchen (Bayern) zutage. Sodann verdient noch die temperamentvolle Gemeinderatssitzung hervorgehoben zu werden. Im 4. Akte wird gezeigt, wie in Westfalen ein richtig gehender Polterabend gefeiert wird. Wenn dann zum Schluß alle Brautpaare (sechs an der Zahl) einen sogenannten „Driekermann" tanzen, werden die Zuschauer in Vaters und Großvaters Zeiten zurückversetzt. Es versäume daher niemand, einer dieser Aufführungen, die am Sonntag, den 2. Dezember, Samstag (Feiertag), den 8. Dezember und Sonntag, den 9. Dezember stattfinden, beizuwohnen. Der Kartenvorverkauf, der bereits eingesetzt hat, findet bei Herrn Bernh. Essing statt.

z. **Rhede**, 30. Nov. **Das Kölner Hänneschen-Theater in Rhede.** Heute und morgen gibt das Kölner Hänneschen Theater im Jugendheim eine Reihe von Vorstellungen, deren Besuch allen Freunden der alten Kunst der Puppenspiele empfohlen werden kann. Die Darbietungen sind belehrend und unterhaltend für Erwachsene und Kinder. Vorstellungen finden statt Freitag abend 8 Uhr, Samstag nachmittag 4 Uhr und abends 8 Uhr. Die Eintrittspreise sind niedrig gehalten. (Siehe Anzeige.)

* **Raesfeld**, 29. Novbr. **Versammlung des Bauern-Vereins in Raesfeld.** Im Anschluß an die Generalversammlung der Bäuerlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaft hielt der Bauernverein und der landwirtschaftliche Ortsverein gemeinschaftlich die Jahresversammlung ab, in der der Vorsitzende der Ortsgruppe Raesfeld des Westfälischen Bauernvereins bemerkenswerte Ausführungen über den Stand der landwirtschaftlichen Organisationen überhaupt und in Westfalen im Besonderen machte. In Westfalen seien drei landwirtschaftliche Organisationen vorhanden: Bauernverein, Landbund und Bauernbund, von denen die beiden letzteren eigentlich überflüssig seien, da der Bauernverein genau so wie früher, als er die alleinige Organisation war, in der Lage sei, die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten. Der Redner ging dann auf das allmähliche Vordringen des Bauernbundes und Landbundes in Westfalen ein und betonte, daß im Interesse der Landwirtschaft ein Weg gefunden werden müsse, auf dem sich alle drei Organisationen wenigstens in der Spitze zur Vertretung der landwirtschaftlichen Belange zusammenfinden könnten. Die Einigungsverhandlungen zwischen Bauernverein und Bauernbund scheiterten, weil letzterer ein Zusammenarbeiten mit dem Landbund unbedingt ablehnte, während der Bauernverein gleichzeitig Fühlung genommen habe mit dem Rheinischen Bauernverein, der wieder Verhandlungen mit dem Rheinischen Landbund pflege. — In der Diskussion wurden stark die Agitationsmethoden des Bauernbundes kritisiert. Es kamen Artikel aus dem „Westfälischen Merkur" und der „Rheinischen Bauernzeitung" zur Verlesung, in denen das Vorgehen des Bauernbundes und seines Organs „Westdeutscher Bauer" scharf verurteilt wird. Man erkannte die gute Absicht und Meinung des neuen Präsidenten des Bauernbundes, Herrn Pfarr-Rektor Dr. Vorholt, an, es sei aber zu bezweifeln, ob es dem Ansehen unserer Geistlichkeit zweckdienlich sei, wenn ein Priester sich an die Spitze einer Organisation stelle, die eine ausgesprochene Kampfstellung gegen eine bestehende landwirtschaftliche Organisation einnehme. Auch für die Zentrumspartei seien die Methoden des Bauernbundes unerwünscht. Nach Verlesung der beiden Artikel ging man in der Diskussion noch auf weitere Angriffe des Bauernbundes ein, durch die das Endziel der Einigung immer mehr erschwert werde. Die Versammlung nahm einen ruhigen und sachlichen Verlauf.

* **Gronau**, 29. November. **Aufregender Vorfall.** Am Mittwoch abend kam der Landwirt Lütke-Glanemann mit seinem Pferdegespann, einem flachen Wagen, aus Richtung Gronerbrücke. Auf der Höhe des Buterländer Schulweges scheute plötzlich das Pferd und raste wie wild davon. L.-Gl. vermochte sich nicht zu halten; er wurde in der Nähe der v. Delsenschen Wohnung vom Wagen auf die Straße geschleudert. Das Gespann lief sich dann gegen einen Baum fest. Der Gestürzte mußte ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen.

# Vom Niederrhein.

— **Cleve**, 29. November. **Keine Hochwassergefahr am Niederrhein.** Entgegen den alarmierenden Meldungen vom Oberrhein besteht hier unten, besonders in den meistgefährdeten Kreisen Rees und Cleve keine Hochwassergefahr. Wohl sind die meisten in der Niederung besonders bei Cranenburg, Wyler, Zyfflich, Keeken, Niel, Rütterden und Mehr, sowie die am alten Rhein im Kalfakt und Laybachgebiet gelegenen Weiden überflutet, sodaß das ganze Gebiet seeartigen Charakter hat. Das Vieh mußte fast überall von den Weiden genommen werden. Auch dürfte bei weiterem Steigen des Wassers der Fährdamm zwischen Griethausen und Spyck vom Wasser des alten Rheines überflutet werden. Der Straßenbahnverkehr zwischen Cleve und Emmerich über den alten Rhein besteht noch. Dieser Stand des Hochwassers ist aber ein gewöhnlicher, der sich in fast jedem Jahre wiederholt und keine Gefahr in sich birgt. Da auch bisher die Gemeindevorsteher Deichgräfen usw. noch keine Wassertelegramme erhalten, dürfte mit einem besonderen Anwachsen des Wassers hier am unteren Niederrhein vorläufig nicht zu rechnen sein.

# Aus dem Gerichtssaal.

### Hauptverhandlungstermin vor dem Preuß. Amtsrichter am gestrigen Donnerstag.

**Ein unverbesserlicher Schmuggler.**

— Ein oft wegen Schmuggels vorbestrafter Gelegenheitsarbeiter wurde im Juni in der Morgenfrühe unweit Krechting von zwei Oberlandjägern ertappt, als er mit einer weiteren Person zusammen auf Fahrrädern Pakete transportierte. Nach längerer Verfolgung konnte er eingeholt werden, sein Begleiter entkam unerkannt. In dem Paket befanden sich 7,5 Kg. Tabak und 6,5 Kg. Kaffee, welche aus Holland eingeschwärzt waren. Wegen Zoll- und Tabaksteuerhinterziehung im weiteren Rückfalle wurden die verwirkten Geldstrafen von zusammen 27 613,16 R.-Mk. in eine Gefängnisstrafe von 277 Tagen umgewandelt. Wegen der Höhe der Strafe wurde Haftbefehl gegen den unverbesserlichen Schmuggler erlassen. Die Waren wurden zugunsten des Reiches eingezogen.

**Nächtlicher Hausfriedensbruch.**

— Ein Arbeiter vom Hochfeld, der eines Nachts Geräusche in seinem Garten vernahm, sah vom Fenster aus eine Person, die seinen Hühner- und Hundestall ableuchtete. Der widerrechtlich über die Hecke eingedrungene wurde als ein Bauarbeiter aus der Nachbarschaft erkannt. Bei dem alsdann auf der Straße entstandenen Wortwechsel erhielt der Gartenbesitzer von dem Bauarbeiter einen heftigen Schlag gegen den Mund, anscheinend mit einem scharfen Gegenstand, wodurch die Oberlippe durchschnitten wurde. Auch flogen einige Bierflaschen in den Hausflur. Ob der Angeklagte diese geworfen hatte, konnte nicht einwandfrei festgestellt werden. Wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung erhielt er eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, deren Vollstreckung bedingt ausgesetzt wurde.

**Streit zwischen Mieter und Vermieter.**

Ein hiesiger Maurer hatte zu einem Seitengewehr gegriffen, als sein Vermieter ihn wegen Unruhe im Hause zur Rede stellte. Er schlug mit dem gefährlichen Werkzeug auf den Vermieter derart ein, daß dieser wegen der erlittenen Schnitt- und Hiebwunden den Arzt in Anspruch nehmen mußte. Die Verhandlung ergab, daß zwischen Mieter und Vermieter unerquickliche Verhältnisse wegen der üblichen Mietsstreitigkeiten infolge Zwangsvermietung herrschten. Wegen gefährlicher Körperverletzung wurde der Angeklagte mit 3 Monaten Gefängnis bestraft, deren Strafvollstreckung mit Rücksicht auf seine bisherige Unbestraftheit auf zwei Jahre ausgesetzt wurde.

**Der Zollbeamte sollte beim Schmuggel behilflich sein.**

Wegen Beamtenbestechung hatte sich ein Ackergehilfe aus Bardingholt zu verantworten. In einer Borkener Wirtschaft hatte er sich, nachdem er eine Tischrunde gegeben, an einen Zollbeamten gewandt mit dem Ansinnen, er solle ihm Bescheid geben, wenn er am besten einige Kühe von Holland einschmuggeln könnte. Dabei sollte er auch verdienen. Nach einigen Wochen steckte er dem Beamten 10,— R.-Mk. zu, um von ihm die Zeit angegeben zu erhalten, wann er am besten eine Kuh einführen könnte. Am nächsten Sonntag wollte er von dem Beamten sogar die Diensteinteilung an der Grenze erfahren. Der treue Zollbeamte erstattete aber seinem vorgesetzten Inspektor Anzeige und lieferte den Judaslohn ab. Der Angeklagte bestritt energisch die Beschuldigungen. Auf Grund der eidlichen Aussage des Zollbeamten und seiner Vorgesetzten erkannte das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten mit bedingter Strafaussetzung.

**36 mal wegen Bettelns vorbestraft.**

Am Allerheiligentage hatte sich ein zugereister Klempner aus Berlin um die Mittagszeit am Kolpingsdenkmal aufgestellt und lenkte durch Pfeifen von Liedern die Aufmerksamkeit der Passanten auf sich. Während des Pfeifens hielt er seinen Hut in der Hand, damit die Passanten ein Almosen hineinwerfen sollten. Nach dem Strafregister war der Landstreicher bereits 36 mal wegen Bettelns und 7 mal wegen Diebstahls vorbestraft. Wegen Bettelns und Landstreichens verhängte das Gericht gegen ihn eine Haftstrafe von 4 Wochen. Nach verbüßter Strafe kommt er ins Arbeitshaus.

**Zum neuen Termin wird er polizeilich vorgeführt.**

Ein trotz ordnungsmäßiger Ladung nicht erschienener Kaufmann soll zum neuen Termin polizeilich vorgeführt werden.

# Zur Auflösung des Schulverbandes Isselburg-Vehlingen-Heelden.

Vom Bürgermeisteramt Millingen wird mitgeteilt: Vom Bürgermeisteramt Isselburg ist wiederholt der Antrag auf Auflösung des Gesamtschulverbandes Isselburg — Vehlingen und Heelden gestellt worden.

Die Gemeindevertretungen von Vehlingen und Heelden als mitbeschließende Organe des Gesamtschulverbandes haben unterm 28. Oktober 1927 dazu folgendes beschlossen:

„Dem Antrage der Stadt Isselburg auf Auflösung des Gesamtschulverbandes Isselburg — Heelden und Vehlingen kann Gemeinderat nähertreten, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Die Gemeinden Heelden und Vehlingen zahlen in Zukunft keine Beiträge mehr zu dem Gesamtschulverband. Weder Fremdenschulgeld noch ein Entgelt für Gästeschulkinder darf erhoben werden. Die Kinder aus den Gemeinden Heelden und Vehlingen gehen also in Zukunft kostenlos in die Schule in Isselburg, gleichviel, wie groß die Zahl ist. Im Schulvorstand des Gesamtschulverbandes bleibt dagegen die Zahl der Schulvorstandsmitglieder für beide Gemeinden, wie bisher bestehen.

2. Das von der Regierung für die evangelische Schule in Isselburg überwiesene Schulgeld ist nach Maßgabe der Schulkinderzahl den Gemeinden Heelden und Vehlingen zu zahlen und zwar, sofern die Auflösung des Schulverbandes zustande kommt, für die Zeit vom 1. Januar 1928 ab.

3. Macht sich für die Kinder aus Vehlingen und Heelden ein eigener Schulneubau notwendig, der eventl. in Heelden oder Vehlingen herzustellen ist, dann muß die Stadt Isselburg im Verhältnis zu der Kinderzahl des Gesamtschulverbandes Isselburg — Heelden und Vehlingen zu den Schulneubaukosten beitragen, ebenso zu den Schuleinrichtungskosten und zu den Kosten der Besoldung der notwendigen Lehrkräfte. Darüber, ob ein Schulneubau notwendig ist, hat nicht die Stadt Isselburg mit zu befinden, sondern ausschließlich Heelden und Vehlingen. Der auf die Gemeinden Vehlingen und Heelden entfallende Anteil an dem Vermögen des Gesamtschulverbandes ist von einer sechsgliedrigen Kommission zu ermitteln, die sich aus je zwei Vertretern der Gemeinden Isselburg, Heelden und Vehlingen zusammensetzt. Die nach Ziffer 1 ersparten Beiträge der Gemeinden zum Gesamtschulverband verbleiben den Gemeinden Vehlingen und Heelden, sie sind also nicht zu einem eventl. Schulneubau beizusteuern.

4. Leitgedanke für die Gemeinden Vehlingen und Heelden bei der Zustimmung zu der Auflösung des Gesamtschulverbandes ist das Bestreben, durch die Auflösung keine irgendwie geartete Belastung der Gemeinden Heelden und Vehlingen eintreten zu lassen. Von diesem Gesichtspunkte aus sind eventl. Streitigkeiten wegen Auslegung über den Sinn dieser Abmachung zu beurteilen.

5. Dieser Beschluß erlangt erst Gültigkeit, wenn die Erfüllung dieser Bedingung von der Stadt Isselburg schriftlich zugesagt ist.

6. Die Stadt Isselburg sichert zu, daß an dem jetzigen Zustand der Einschulung der katholischen Kinder aus Vehlingen u. Heelden nach Isselburg nichts geändert wird.

Das Mitglied Schepers enthält sich der Stimmabgabe."

gez. Venhorst, Berndsen, Kolks.
gez. W. Boland, Heisterkamp, Bernh. Elting.

Zur Erörterung dieser Bedingungen berief die Verwaltung von Isselburg am 19. Januar 1928 eine gemeinsame Sitzung der Gemeindeverordneten von Heelden, Vehlingen und Isselburg ein.

Nach eingehender Erörterung faßte der Gemeinderat von Vehlingen in dieser gemeinsamen Sitzung folgenden Beschluß:

„Der Antrag der Stadt Isselburg an den Gesamtschulverband Isselburg — Heelden und Vehlingen wurde in mehrstündiger Besprechung beraten. Da der Stadtrat von Isselburg die von der Gemeinde Vehlingen gestellten Bedingungen nicht angenommen hat, ist ein Ergebnis nicht erzielt worden."

gez. Venhorst, Berndsen, Kolks.

Die vom Gemeinderat Heelden anwesenden Mitglieder äußerten sich in demselben Sinne. Eine Beschlußfassung war nicht möglich, weil der Gemeinderat von Heelden in beschlußfähiger Anzahl nicht anwesend war.

Das ist der wahre Sachverhalt.

# Turnen, Sport und Spiel.

### Bocholter Fußballklub 1900.

Die 1. Serie der Meisterschaftsspiele neigt sich dem Ende zu. Ein klare Führung irgendeines Vereins besteht z. Zt. in Gruppe 5 Bezirk Niederrhein noch nicht. Die Führung in der Tabelle haben Sportfreunde Hamborn mit 9 Plus- und 3 Minuspunkten, denen bei einem Spiele weniger mit 7 Punkten und gleicher Verlustpunktzahl Sterkrade 06 und Osterfeld 06 folgen. Letztgenannten Verein ist nun am kommenden Sonntag der Gegner der 1. Elf der B. F. C. 1900 im Meisterschaftskampf. Die Osterfelder, die schon seit einigen Jahren mit gutem Erfolg in der 2. Bezirksklasse spielen, sind auch in Bocholt keine unbekannten Gäste mehr. Sie stellen eine äußerst flinke und gut durchtrainierte Elf ins Feld, welche die Schwarzgelben auf eine harte Probe stellen wird. Diese wiederum haben sich bisher noch gut behauptet und eine ziemlich beständige Form gezeigt. Wenn sie auch erst an vorletzter Stelle in der Tabelle rangieren, so ist dieses auf die wenigen Spiel zurückzuführen, die sie ausgetragen haben. Relativ stehen sie mit den oben genannten Vereinen noch auf gleicher Höhe. Beide Mannschaften werden deshalb am Sonntag bestrebt sein, ihr Verlustkonto nicht zu vergrößern. Es wird demnach ein spannender Kampf werden, in dem der Vorteil des eigenen Platzes für die Hiesigen gegenüber der größeren Spielerfahrung der Gäste einen etwaigen Ausgleich bietet. Das Spiel beginnt pünktlich 2,30 Uhr; der Besuch wird sich lohnen. — Die Reserve-Mannschaft fährt zum Pflichtspiel nach Elten gegen die dortigen Preußen. Ueber die Spielstärke dieses Neulings ist wenig bekannt. Wir möchten der Mannschaft aber raten das Spiel nicht allzu leicht zu nehmen. — Mannschaftsaufstellungen, sowie Abfahrzeit der Reserve-Mannschaft im Vereinskasten.

**Deutsche DJK Jugendkraft**

### Am Sonntag Austragung des Ortsrivalenkampfes. Sportfreunde Bocholt 1. M. (Gaukl.) — T. u. B. St. Josef 1. M. (A-Klasse).

Da der Wettergott den Sportfreunden am letzten Sonntag einen dicken Strich durch die Rechnung machte, findet am kommenden Sonntag die Austragung des mit großer Spannung erwarteten Ortsrivalenkampfes statt, der wirklich eine sportliche Delikatesse werden wird. Die Nerven im Zaun, fairer Kampf und feste Hoffnung auf Sieg, das sind die guten Trümpfe für die Sportfreunde. Hier gilt es die Gauklasse würdig zu vertreten. Beide Mannschaften mögen ritterlich und schön kämpfen, damit das Spiel zu einer Werbung für den D. J. K.-Gedanken wird. Die Orange-Elf wird beweisen, daß das klägliche Abschneiden bei den jetzigen Meisterschaftsspielen sowie die Niederlagen ihrem unverwüstlichen Kampfeseifer keinen Abbruch getan haben. Dem Spiel beizuwohnen muß die Losung aller Freunde der Lederkugel sein. Die Gelegenheit hat man am Sonntag auf dem Sportplatz an der Schwanenstraße. Der Anstoß ist 3 Uhr. Keiner wird es versäumen, sich das Spiel anzusehen. — Die Reserve hat einen D. J. K. Neuling zu Gast. Vorwärts Rees erste Mannschaft heißt der Gegner, der versuchen wird, sein Debut so günstig wie eben möglich zu gestalten. Gewiß kein zu verachtendes Treffen, das sicherlich viele Besucher anlocken wird. Der Anstoß ist um 1 Uhr. Mannschafts-Aufstellungen bleiben vom Vorsonntage bestehen. „Jugendkraft Heil!" Josta.

### F. C. „Chamavia".

Am kommenden Sonntag ist die 1. Elf bei der D. J. K. Teutonia Emmerich zu Gast und will hier versuchen, die letzhin erlittene Niederlage wettzumachen. Ob es den Rotweißen gelingt, muß man abwarten, denn die Emmericher Teutonen stellen eine äußerst flinke Mannschaft ins Feld. Die Chamaven müssen sich schon gewaltig anstrengen, wenn sie ein etwas günstiges Resultat erzielen wollen. — Die 2. Mannschaft kreuzt mit der 3. Elf von D. J. K. Elten die Klingen. Hoffentlich werden hier die Jüngsten beweisen, daß sie auch berechtigt sind, die Spitze der Tabelle zu führen. Anstoß 10,30 Uhr an der Schwanenstr. Jugendkraft Heil!

Nur 8 Tage! Nur 8 Tage! Nur 8 Tage!

# Großer Werbeverkauf für Winterkleidung

**Moderne Ulster** mit Rücken- oder Ringgurt
Serie I **28.–** | Serie II **45.–**

**Marengo-Paletots** mit Sammetkragen
Serie III **59.–** | Serie IV **68.–**

**Herren-Anzüge** moderne 2reih. Form
Serie V **89.–**

**Kinder- und Burschengrößen entsprechend billiger**

*Beachten Sie unsere Fenster und nutzen Sie diese einzigartige Kaufgelegenheit*

## J. B. Fisser :~: Nordstraße 39

Sonntag, den 2. Dezember, ist unser Geschäft geöffnet. 9647k

---

**Thea'er-Verein e. V., Bocholt.**

**Am Dienstag, den 4. Dezember,**
abends 8 Uhr,
im Saalbau des St. Georgius-Schützenvereins:

**II. GASTSPIEL**
des
**Stadttheaters Kamborn**
**„Der Zarewitsch"**

Operette in 3 Akten von Franz Lehar.
Künstlerische Leitung u. Tanzeinstudierung: Intendant Willy Kaufmann.
Musikalische Leitung: I. Kapellmeister Rud. Schneider.

PREISE DER PLÄTZE:
1. bis einschl. 12. Reihe RM. 4.—, im Abonnement RM. 3.—,
13. bis einschl. 19. Reihe RM. 3.—, im Abonnement RM. 2.25,
ab 20. Reihe RM. 2.—, im Abonnement RM. 1.50,
Balkon numeriert 1. u. 2. Reihe RM. 2.50, im Abonnement RM. 2.—,
Balkon numeriert ab 3. Reihe RM. 2.—, im Abonnement RM. 1.50,
Balkon unnumeriert RM. 1.—. 9653g.

Der Vorverkauf beginnt am Samstag, dem 1. Dezember, linke Seite in der Buchhandlung Temming & Heilborn, rechte Seite in der Buchhandlung Jos. Neyenhaus.

---

**Musikverein Bocholt**

**KONZERT**

**Sonntag, den 2. Dezember 1928, nachmittags 5 Uhr im Schützenhause.**

**Schumann, Der Rose Pilgerfahrt**
Märchen nach einer Dichtung von Moritz Horn für Solostimmen, Chor und Orchester.

**Mendelssohn, Die erste Walpurgisnacht**
Ballade von Goethe für Solostimmen, Chor und Orchester.

Leitung: **Fritz Schlüter,** Bocholt.
Solisten: **Hanna Seebach-Ziegler,** Krefeld (Sopran), **Hedwig Rode,** Osnabrück (Alt), **Egbert Tobi,** Düsseldorf (Tenor), **Heinrich van Halden,** Düsseldorf (Baß).
Chor: **Der Chor des Musikvereins.**
Orchester: **Rhein.-Westf. Sinfonie-Orchester,** Oberhausen.

Karten zu 2.- u. 3.- ℳ bei den Mitgliedern und in der Buchhandlg. Jos. Neyenhaus, Ravardistr. Textbücher bei Jos. Neyenhaus. 9581k

---

**Apollo-Theater**
Neustraße

**Freitag - Samstag - Sonntag - Montag**
der sensationelle Russenfilm

**(Sklaven haben keine Flügel).**
Dieses große Filmwerk aus der Zeit des Zaren Iwan zeigt die Tragödie eines deutschen Flugzeugerbauers in 8 Akten.

Dazu die abenteuerliche Bummelfahrt eines Unverbesserlichen in dem Ufafilm
**Pech muß der Mensch haben.**
Eine entzückende Komödie in 6 Akten mit Trammel in der Hauptrolle [i

Außerdem das Lustspiel
**Wie Ralf sich half.** Ein Erfinderschicksal in 2 Akten.

---

Kath. Arbeiter-Verein
**Blomenkamp**
RHEDE.
Näheres siehe Plakate. 9606k

---

**Bilderbücher, Jugendschriften**
Alle Neuerscheinungen!
Riesen-Auswahl!
Besuchen Sie unsere
**Jugendbuch - Ausstellung**
möglichst jetzt schon!
**Temming & Heilborn**
Bocholt i. W. Nordstr. 27.

---

**Wetterfeste Sportstiefel**
reiner Lederausführung
17.50 ℳ 15.50 ℳ 14.00 ℳ
**Warme Hausschuhe**
in großer Auswahl und in allen Preisen. 9637k
**Schuhhaus Böker**
am Gasthausplatz.

---

**Kath. Gesellenverein Bocholt.**

**Sonntag, den 2. Dezember,**
abends 7,30 Uhr
— 1. Aufführung —
**„Das Forsthaus im Falkengrund"**
Volksstück mit Gesang und Reigen in 5 Aufzügen
für Mitglieder, Ehrenmitglieder und Angehörige
— Eintritt: 0,50 Mk. —
Karten ab Freitag beim Hausmeister.

---

**Capitol-Theater**

**Freitag - Samstag - Sonntag - Montag**
**ATEMLOS**
spannend werden unsere Besucher das Schicksal der Negersklaven, die von Bluthunden gehetzt und von Menschen gejagt werden, in dem ergreifenden UFA-Großfilm

verfolgen. Ein erschütterndes Kunstwerk. Lebenstreu und wahr werden hier die uns seit unserer Kindheit bekannten Gestalten gezeichnet. — Dieser 13aktige Riesenfilm verschlang 8,4 Millionen an Herstellungskosten

Ferner zeigen wir im zweiten Teil unseres Programms:
**Der Kellner aus dem Palasthotel.**
In diesem hervorragenden 7aktigen Filmwerk werden dem Zuschauer die Höhen und Tiefen des menschlichen Daseins in eindrucksvollen Bildern vor Augen geführt.

Ausserdem das köstliche Lustspiel
**Der fidele Leuchtturm.**
2 Akte tollsten Humors. [i

---

**Produktiv-Genossenschaft „Eintracht" e.G.m.b.H. Bocholt.**

Für diese Woche empfehlen wir **besonders:**
aus eigener Schlachtung

**Allererste Qualität**

| | | | |
|---|---|---|---|
| **Mastochsenfleisch** | das Pfd. | | **1,20** |
| **Prima Rindfleisch** | „ | „ | **1,10** |
| **Prima Rindfleisch eingeführt** | „ | „ | **1,00** |
| besonders zu empfehlen | | | |
| **Allererste Qualität Kalbfleisch** | d. Pfd. v. | | **1,30** an |
| **Prima Rostbeef** mit Knochen | das Pfd. | | **1,20** |
| **Prima Rostbeef** ohne Knoch. | „ | „ | **1,50** |
| **Rinderbraten** ohne Knochen | „ | „ | **1,40** |
| **Filet** | „ | „ | **1,60** |
| **Schweinebraten** | „ | „ | **1,30** |
| ohne Fett und ohne Schwarte mit Beilage | | | |
| **Koteletts Filet und Hals** | „ | „ | **1,30** |

**Wurst- und Aufschnittwaren:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| **ff Aufschnitt** | das Pfd. | | **1,60** |
| **harte Plockwurst** | „ | „ | **2,00** |
| **beste Leberwurst fein** | „ | „ | **1,40** |
| **beste Leberwurst (grob Thür. Art)** | „ | „ | **1,40** |

**Alle anderen Wurstwaren in bekannter Güte.**

**Mitglieder! Laßt Euch diese Vorteile nicht entgehen.**
Mitglieder der Konsum-Genossenschaft „Eintracht" erhalten außerdem noch **4 Proz. Rabatt.**
**Der Verkauf findet an Jedermann statt.**
**Der Vorstand.**

---

**Jetzt ist es Zeit Seife zu kaufen!**

Morgens der erste Genuß ist ein erfrischendes Bad mit einer guten Seife.

**? Warum wollen Sie noch zögern? ?**

Noch sind die
**billigen Seifentage**
der **Drogerie**
**Gebr. Steiner**
— das Haus guter Seifen —
Markt 8.

---

**Kath. Volksverein Bocholt.**

**Verein für kath. Hausangestellte.**
**Sonntag, den 2. Dezember 1928**
**„Heiliges Feuer"**
Schauspiel in 4 Aufzügen von P. Paul Humpert O. M. I.
nachmittags 3 Uhr für Kinder,
abends 7,30 Uhr für Erwachsene,
auf der Bühne des Marien-Oberlyzeums.
Preise: [sm. 9655
Kinder 30 Pfg., Erwachsene 50 Pfg.

---

**Schützet die Brieftauben!**

Große
**Brieftauben-Ausstellung**
im
**Großen Kurfürsten**
am 1. und 2. Dezember 1928.
Eröffnung Samstag, 16 Uhr.
Sonntag, von 9—19 Uhr geöffnet.
Eintrittspreis:
Schüler 20, Erwachsene 50 Pfg.
Samstag ab 19 Uhr 9659e
*Tanzkränzchen*
Um zahlreichen Besuch bittet
der Vorstand der Brieftauben-Reisevereinigung von Bocholt und Umgebung.

---

**Jugendheim Rhede**

Heute (Freitag) abend 8 Uhr und Samstag nachmittag 4 Uhr und abend 8 Uhr:
Gastspiel des Original-
**Kölner-Hänneschen-Theaters**
(Puppenspiele).
Belehrend und amüsant für Kinder, interessant für Erwachsene.
Niedrige Eintrittspreise: Kinder 30 Pfg., Erwachsene von 50 Pfg. an. 6353f

---

**DRUCKSACHEN**
aller Art liefert schnell und billig
**J. & A. TEMMING**

---

**Das gute Piano,**
ein Wertgeschenk für das ganze Leben!
Ich liefere Ihnen erste Markeninstrumente gegen bequeme Teilzahlung, erste Anzahlung evtl. nach dem Fest. Lassen Sie sich unverbindlich und kostenlos durch den Fachmann beraten
**J. Rindlisbacher,**
Klaviermacher
Nordstr. 52. Telefon 2217. 9313e

---

Anzeigenpreis für das 1spaltige Millimeter 12 Pfg. Lokale Anzeigen 7,7 Pfg., Familienanzeigen 7,7 Pf., Kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., Behördliche Anzeigen gelten parteipolitische Anzeigen 10 Pfg.
Bezugspreis: 2,25 Goldmark, Einzelpreis 10 Pfg.